

## **Die Linke im Kreisverband Heinsberg - Haushaltsrede 2016 zum Etatentwurf 2017 des Kreises Heinsberg**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

am 14. November erreichte uns eine Pressemittlung unserer Partei „Die LINKE“ aus Essen. Was wir da zu lesen bekamen hat uns wirklich die Sprache verschlagen.

Eine ganz große Koalition aus SPD, Grünen und CDU hat im Landtag das „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ beschlossen. Nach dem Beschluss zur Wiedereinführung einer Speerklausel im Juni 2016 ist dieses Gesetz aus Sicht unserer Partei „DIE LINKE“ im Kreistag Heinsberg ein weiterer Schritt zur Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten kleinerer Parteien und Wählervereinigungen in den Kommunalvertretungen.

Dieses neue Gesetz stärkt nicht die kommunale Selbstverwaltung, sondern schränkt die kommunale Demokratie weiter ein, indem es die Hürde zur Bildung von Fraktionen in den Räten und Kreistagen erheblich erhöht.

Die Gemeindeordnung bindet wichtige Rechte wie die Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzungen der Kommunalvertretung und die Besetzung von Ausschüssen an den Fraktionsstatus.

Auch die Finanzierung der Ratsarbeit ist für Fraktionen besser gestaltet, als für Gruppen. Gleichzeitig stärkt das Gesetz die größeren Fraktionen, indem stellvertretende Fraktionsvorsitzende eher und Ausschussvorsitzende erstmals erhöhte Aufwandsentschädigungen erhalten.

Es ist schon erstaunlich, dass auch die Grünen, die sich früher Basisdemokratie auf die Fahne geschrieben haben, diesen Gesetzentwurf mitgetragen haben.

Während Fraktionen in kreisangehörigen Städten derzeit ab zwei und in kreisfreien Städten ab drei Mitgliedern gebildet werden können, sind ab 50 Ratsmitglieder in Zukunft drei, ab 74 vier und ab 90 sogar fünf Mitglieder erforderlich. Bei den Kreistagen gelten entsprechende Regelungen, bisher reichten bis zu Kreistagen mit 58 Mitgliedern, zwei zur Bildung einer Fraktion.

Mit dem nun beschlossenen Gesetz wird einmal mehr deutlich, dass Sie nicht an einem fairen Austausch auf Augenhöhe mit allen, demokratisch gewählten Kommunalvertreter\*Innen interessiert sind.

Die bestehenden Minderheitsrechte auf diesem Weg einzuschränken, halten wir für ein fatales Zeichen.

Damit gießen sie Wasser auf die Mühlen derjenigen, die der Auffassung sind, dass Politiker\*Innen zunehmend weniger im Interesse der Bürger\*Innen handeln und nur auf die Absicherung ihrer Funktionen und Posten bedacht sind.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass Demokratie auch bedeutet, dass kleinere Fraktionen hier genannt FDP, Die Linke und die Freien Wähler zu Gremien, wie beispielsweise die Koordinierungsplattform für (über) bzw. regionale Angelegenheiten im Kreis Heinsberg eingeladen werden oder zumindest Einsicht in die Protokolle erhalten.

### **Willy Brandt sagte einst:**

Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.

Aber genau das Gegenteil von dem passiert. Die Demokratie in unserem Land wird seit Jahren in ihren Grundfesten erschüttert. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass sich immer mehr Menschen enttäuscht von den sogenannten etablierten Parteien abwenden, oder schlimmer noch, sich einer Partei hinwenden, die alles andere als menschenfreundlich ist.

Im Gegenteil, die AfD vertreten im Kern genau den Neoliberalismus, ja es haben ihr die etablierten Parteien geradezu den Weg geebnet, der die Menschen weiter ins Elend stürzen wird.

Mit der Agenda 2010 und ihrer Hartz IV Gesetzgebung ist ein System etabliert worden, dass Menschen in Zwangsarbeit treibt und somit gegen das Grundgesetz verstößt. Es wurde ein Billiglohnsektor geschaffen, der die Menschen in Zukunftsängste, Depressionen und gesellschaftliche Isolation führt.

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Es ist ein Lohnsenkungs- und Sozialstandardsabbauprogramm und somit ein Angriff auf das Sozialstaatsgebot.

Darauf, meine Damen und Herren, kann ein so reiches Land wie Deutschland wahrlich nicht stolz sein.

Meine Damen und Herren,

neben vielen anderen sozialen Problemen bewegt uns besonders die Wohnungsfrage.

**"Ein Dach über dem Kopf ist noch kein Zuhause - Wohnen ist ein Menschenrecht"**

**Die Wohnungsfrage ist in der BRD nach wie vor eine soziale Frage.**

Nach Angaben des Pestel-Instituts fehlen in Deutschland etwa vier Millionen Sozialwohnungen. Allein in NRW liegt der Bedarf bei 1,7 Millionen.

Jährlich verschwinden zudem ca. 46.000 Sozialwohnungen, weil die Frist der Mietpreisbindung ausläuft.

Im Kreis Heinsberg besteht ein Bedarf an Sozialwohnungen von 19.190 Wohnungen.

Zu diesen Haushalten mit niedrigem Einkommen gehören vorrangig Hartz-IV-Empfänger und Wohngeldbezieher sowie Erwerbsunfähige und älter Menschen, die von der staatlichen Grundsicherung leben.

Beim sozialen Wohnraum klaffe eine enorme Lücke, so das Pestel- Institut. Durch die Flüchtlinge wird die Situation noch verschärft.

Wir bitten deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann die vom Pestel-Institut genannte Bedarfszahl von 19.190 Wohnung bestätigt werden?
2. Wie viele Sozialwohnungen gibt es im Kreis, bitte für die Jahre, 2014, 2015, 2016, 2017 und getrennt nach Kommunen und nach Ab- und Zugängen von Sozialwohnungen?
3. Wie wurden die Fördermittel für die Jahre 2014, 2015 und 2016 genutzt?
4. Wurden die ausgereichten Fördermittel genutzt oder wurden Gelder zurückgegeben?

Für die Beantwortung der Fragen, möglichst bis Mitte 2017, wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit großer Sorge beobachten wir die wachsende Zahl Wohnungsloser Menschen, die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist.

Sie wuchs von 248.000 Personen im Jahr 2010 auf zuletzt 335.000. Davon waren 29.000 Kinder und 306.000 Erwachsene betroffen. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der Wohnungslosen, auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation, weiter zunehmen wird. Es kann nicht sein, dass in einem ach so fortschrittlichem Land wie Deutschland Menschen ohne Dach über dem Kopf leben müssen oder aber in Notunterkünften und Heimen untergebracht sind – ein unerträglicher Zustand, den wir auf das Schärfste kritisieren.

NRW als größtes Bundesland ist im Bundesvergleich bei wichtigen Kennziffern immer öfter Schlusslicht bei der Verschuldung des Landes und der Kommunen.

Die Wirtschaft wächst nicht (2015) 0,0%, das ist der schlechteste Wert aller 16 Bundesländer, 1% Wachstum in NRW würde die gesamtdeutsche Konjunktur um ca.0,2 Punkte ankurbeln.

NRW schreibt als eines von 3 Ländern noch rote Zahlen, bis Juni mussten 565 Mio. Euro neue Schulden aufgenommen werden. Bei den Bildungsausgaben hat NRW mit 5.700 Euro pro Schüler bundesweit den schlechtesten Wert.

Die Schulen in NRW sind in einem erbärmlichen Zustand, an 85 % aller Schulen in NRW gibt es erhebliche bauliche Mängel, was zu einem Sanierungsstau von ca. 2,4 Milliarden Euro geführt hat.

Was ist aus der Losung geworden "Kein Kind zurücklassen!?" Immer noch haben Kinder aus ärmeren Verhältnissen weniger Chancen als Kinder aus besserverdienenden Familien.

Mit einer Arbeitslosenquote von 7,9% ist NRW Schlusslicht der westlichen Flächenländer. Das Armutsrisiko ist seit 2005 in keinem Bundesland so gestiegen wie in NRW nämlich um 3,4% auf 17,5% der Bevölkerung.

Die Hans Böckler Stiftung bescheinigt NRW die höchste Kinderarmutsquote der westdeutschen Flächenländer mit 23,6 %. Ein weiteres Armutszeugnis für dieses Land.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Flüchtlingsströme nach Deutschland versiegen, aber die Probleme sind geblieben. Denn, noch immer ertrinken Menschen im Meer, verhungern die

Flüchtlinge auf der Flucht und erfahren unsägliches Leid in den von Kriegen zerstörten Ländern.

Eine Abschottungspolitik nach dem Motto aus den Augen, aus den Sinn, wie sie von Kanzlerin Angela Merkel betrieben wird, wird die Ursachen nicht bekämpfen, sondern nur weiter verschärfen.

Das haben wir bereits in unserer letzten Haushaltsrede klar zum Ausdruck gebracht. Nach wie vor bleiben wir dabei, Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen.

Die Flüchtlinge, die bereits zu uns ins Land gekommen sind, verdienen eine menschwürdige Behandlung.

Leider haben wir in der letzten Zeit ein erhöhtes Aufkommen von rechtsextremer Gewalt gegenüber Flüchtlingen zu verzeichnen, das kritisieren wir aufs Schärfste, doch ist das verwunderlich in einem Land, das von sozialer Kälte und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich bestimmt wird, in dem hemmungslose Profitgier immer mehr die Menschlichkeit zerstört?

Die Unzufriedenheit und das Ohnmachtsgefühl der Benachteiligten suchen ein Ventil, die Flüchtlinge müssen als Sündenbock herhalten, wo doch die verfehlte Politik der etablierten Parteien die eigentliche Ursache ist.

Wir, die Partei „DIE LINKE“, werden diese menschenverachtende Politik weiter bekämpfen und auf das Schärfste kritisieren. Wir fordern die verantwortlichen Politiker\*Innen auf, Schluss zu machen mit einem „weiter so“ und endlich dafür einzustehen, wofür sie gewählt worden sind, nämlich Schaden von unseren Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden und dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land ein Leben in Würde leben können.

Ein „weiter so“ wird die Menschen weiter einer Partei wie die AfD in die Hände spielen, einer Partei, die darauf bedacht ist, die noch verbliebene „Restdemokratie“ in die Tonne zu klopfen.

Ich möchte zum Schluss meinen größten Respekt und Dank den Menschen aussprechen, die seit letztem Jahr mit viel Engagement und Hingabe bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation, insbesondere hier im Kreis Heinsberg, geholfen haben.

Ohne die Hilfe des Ehrenamtes hätten wir hier sprichwörtlich ziemlich alt ausgesehen. Vielen herzlichen Dank an alle Helferinnen und Helfer, Sie haben hervorragende Arbeit geleistet. Wir zollen Ihnen Respekt und Anerkennung.

**Und zu guter Letzt:**

Wir stimmen dem Haushalt nicht zu und werden ein wachsames Auge auf das kommende Haushaltsjahr werfen.

**Gruß- und Schlusswort an die Kreistagsmitglieder.**

Liebe Bürger\*Innen, liebe Kolleg\*Innen,

in wenigen Tagen ist Weihnachten, das Fest der Liebe und der Freude. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten in diesen Tagen ganz besonders den Opfern und Angehörigen von Terroranschlägen und Kriegen.

Möge die Welt doch wieder friedlicher und freundlicher werden!

Genießen Sie die Zeit mit den Menschen die Sie lieben. Ich wünsche Ihnen ein fröhliches und besinnliches Weihnachtsfest. Mögen sich all Ihre Wünsche erfüllen.

Von ganzen Herzen, Liebe Glück und Gesundheit für ein tolles, friedliches neues Jahr.

Das Glück ist dort, wo Hoffnung und Mut nicht fehlen,  
die Liebe ist dort, wo Wärme und Menschlichkeit zählen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Silke Otten

Fraktionsvorsitzende Die Linke im Kreistag Heinsberg